

Dies hat Folgen für die nationale Identität der Neuseeländer, zwingt aber auch die Historiker zur Selbstreflexion.

Gerd Hankel und *Gerhard Stuby* stellen in „Die Aufarbeitung von Verbrechen durch internationale Strafgerichte“ kurz, klar und anschaulich das sich wandelnde Völkerrechtsverständnis und die konkreten Schritte zur Einrichtung internationaler Gerichte zur Aburteilung von Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit im 20. Jh. dar. Die historische Darstellung verbinden sie mit der aktuellen Argumentation für die Einrichtung eines permanenten internationalen Gerichtshofs.

Insgesamt kann der Band durch die Vielfalt der Beispiele und ihre inhaltlich knappe, sprachlich allgemeinverständliche Präsentation Anregung und Information für Leser auch übers engere Fachpublikum hinaus bieten.

Elena Demke

Thomas Lindenberger (Hrsg.), Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur: Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR, Böhlau Verlag, Köln 1999.

Dieser Band behandelt die Strukturen und Praktiken von Herrschaft in der DDR. Die Aufsatzsammlung von Mitarbeitern des Zentrums für Zeithistorische Forschungen in Potsdam wendet sich dem Reichtum von Phänomenen der DDR-Geschichte jenseits der gegenwärtig bevorzugten Perspektive auf den Parteienstaat zu. Wie *Thomas Lindenberger* in seiner methodisch-theoretisch angelegten Einleitung schreibt, würde es sich dabei um eine Einseitigkeit handeln; denn die „Gesamtheit der DDR-Geschichte wird auf

die Wirkung einer einzigen politisch-geistigen Triebkraft, nämlich des Willens der Partei, reduziert“ (S. 16). Dies wäre, wie er argumentiert, eine „eindimensionale Darstellungsweise“ (S. 17), die sich entweder auf den Kollaps des Parteienstaates oder auf die Bevölkerung als Objekt der staatssozialistischen Ideologie konzentriert. Da dieses Modell sozialhistorische Fragen der gelebten Erfahrung negiert, behindert es unser Verständnis davon, wie der Parteienstaat herrschte und wie seine Macht aufrechterhalten wurde.

Die Autoren dieses Bandes fordern die Top-Down-Strategien von Erzählungen über den Parteienstaat, der die Organisation des zivilen und sozialen Lebens sich diktatorisch unterwarf, heraus, indem sie von unten mit mikrohistorischen Untersuchungen alltägliche Interaktionen beschreiben, um die Grenzen der Diktatur abzustecken und die dynamischen Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft aufzuzeigen. Dabei wird nicht die Tatsache der Parteidiktatur in Frage gestellt, aber in den einzelnen Aufsätzen danach gefragt, in welchen Formen und Modalitäten die Herrschaft aufrechterhalten werden konnte. An die Stelle eines totalitaristischen Monolithen plziert *Lindenberger* ein Modell von wechselseitigen Beziehungen im Parteienstaat. Indem er die DDR als eine Serie von Interaktionen der Teile mit dem Ganzen sieht, ebenso wie der Teile zu anderen Teilen, betrachtet er vielgestaltige und dynamische Faktoren wie den staatlichen Anspruch, die individuellen Interessen und die Macht der Zweckmäßigkeit, die alle das Funktionieren des Parteienstaates beeinflussen.

Erzählungen von individuellen Lebensverhältnissen rufen ein weites Spektrum von Antworten auf die Zu-

mutungen von oben in Erinnerung, wobei die Reaktionen von Konformität und Kooperation bis zu stiller Resignation, passiver Distanz und offener Opposition reichen. Eigen-Sinn ist der Terminus, mit dem die Verschiedenheit der Positionen beschrieben wird, die Individuen in einem sozialen Kontext, den der Staat bestimmte, einnahm. *Lindenberger* begründet den Terminus, der auf den deutenden und sinnproduzierenden Aspekt individuellen wie kollektiven Handelns in sozialen Beziehungen zielt (S. 23). Diese Antworten stammen aus den „kleinen Welten“ (S. 17), die Nischen jenes sozialen Lebens sind, das zum Teil durch die staatliche Autorität geschaffen wurde, aber auch durch kulturelle Traditionen, persönliche Interessen und tägliche pragmatische Aktionen. Der Eigen-Sinn gegen die Zumutungen des Parteienstaates auf dem Mikroniveau des täglichen Lebens ist überall als eine fortgesetzte Verhandlung über die genauen Bedingungen der parteistaatlichen Herrschaft sichtbar. Die SED definierte die Ziele des Staatssozialismus, in der Praxis aber wurden die Konturen zwischen Staat und Gesellschaft ausgehandelt. In ihren vielgesichtigen Antworten auf die staatliche Autorität gingen die Bürger im allgemeinen Kompromisse mit dem Parteienstaat ein. Interesse an Sicherheit, Stabilität und Grundversorgung gingen mit den staatlichen Zielen parallel. Sie erzeugten „vielseitige Symbiosen im Verhältnis von Parteidiktatur und sozialen Gruppen bzw. Akteuren“ (S. 30). Es geht also nicht nur einfach darum, die Grenzen der Diktatur zu bestimmen, sondern eine genauere Beschreibung der kontingenten Beziehungen und sozialen Praxen zu finden, die das Leben in der DDR ausmachten. Von die-

ser Perspektive erscheinen die externen Praktiken der Diktatur nur als ein Teil der Erklärung für die Langlebigkeit der sozialistischen Herrschaft. Neben ihnen finden wir Faktoren wie die staatlichen Anstrengungen, die Versorgung zu sichern und individuelle Strategien, für sich selbst zu sorgen, in den Grenzen, die von oben gezogen waren.

Die Aufsätze in diesem Band sind dort am besten, wo sie die praktischen Formen der Implementierung staatlicher Programme beschreiben. Sie entwickeln Analysen von staatlichem Handeln, die sowohl die sozialen wie auch die individuellen Antworten und Konsequenzen behandeln. Viele Kompromisse wurden gemacht, um den Übergang in eine Staatsplanwirtschaft zu glätten, darunter auch die uneinheitliche Einführung der Kollektivierung und die Rückkehr zu marktökonomischen Mechanismen, um geplante Initiativen durchzusetzen. Die Artikel von *Burkhard Ciesla* und *Patrice G. Poutrus* über staatliche Anstrengungen, die Produktion zu modernisieren und ausreichende Lebensmittelvorräte zur Verfügung zu stellen, zeigen, wie die Implementierung der sozialistischen Ziele durch pragmatische Überlegungen zu Effizienz und Effektivität beeinflusst wurden, die politisch-ideologische Kompromisse verlangten. Flexibilität dieser Art war aber keine generelle Erscheinung. Die Aufsätze von *Thomas Reichel*, *Dagmar Langenhahn* und *Thomas Lindenberger* zeigen eine weniger lebenswerte Reaktion auf „Eigen-Sinn von unten“. Staatliche Anstrengungen, um die Ökonomie zu kollektivieren oder die zivilen Autoritäten wiederherzustellen, werden von den Bürgern als unflexibel und gefühllos beschrieben. Der Parteienstaat wollte seinen Willen durchsetzen, aber

er entschied sich oft für die Variante, dies kurzfristig nur teilweise zu tun. Dies war oft notwendig, weil das Verhalten und die Teilnahme der Arbeiterklasse nichts anderes zuließ. Vorher existierende Traditionen und Produktionsformen, die nicht verschwinden wollten, behinderten die politisch-soziale Integration der neuen Gemeinschaften. Kurz gesagt, wenn Staatsbehörden die Innenpolitik formuliert hatten, dachten sie über die Volksmeinung nach. Es wird in diesem Band jedoch nicht klar, ob diese Überlegung eine Reaktion auf „Eigen-Sinn von unten“ gewesen ist.

Neben neuen Formen der Produktion gab es auch Gelegenheiten für die Bevölkerung, besonders für Frauen, ihre alten traditionellen Rollen in der Wirtschaft und in der Gesellschaft aufzugeben, von denen sich der bessere Teil einer jeden Generation selbst befreite. Die Autoren, die sich mit diesen Fragen beschäftigten, erörtern die Bedeutung dieser „Freiheit“ von alten Wegen und betonen, daß die positiven Effekte für die Selbstschätzung einer ökonomisch unabhängigen Existenz durch die systemische „Unterordnung und Einpassung“ des diktatorischen Systems begrenzt wurden. *Leonore Ansorg* drückt es so aus: „Passivität, Resignation und Rückzug in private Räume waren die Konsequenz dieser erlebten Berufstätigkeit“ (S. 117). *Poutrus* skizziert ebenfalls die Grenzen der Möglichkeiten für diese neue Schicht berufstätiger Frauen an. So kommentiert er die Lebensgeschichte einer Frau Knut, „... daß sie in der DDR zwar ausreichend soziale Sicherheit gefunden hat, aber gewiß nicht persönliche Autonomie, um die gewonnene Freiheit auch als individuelle Chance begreifen zu können“ (S. 265). Die Autoren be-

tonen immer wieder, daß die neuen Gelegenheiten nur verstanden werden können im Kontext eines allgegenwärtigen Parteienstaates.

Der unheftigste Zug der hier präsentierten Aufsätze ist ihr unkritischer Gebrauch der mündlichen Zeugnisse, um individuelle Reaktionen auf den Staat zu beschreiben. Fünf von acht der Artikel präsentieren Interviews, die erst kürzlich geführt wurden, als Beweis für vergangene Erfahrungen, als wären diese Zeugnisse durchsichtige Urteile darüber, „wie es eigentlich gewesen ist“ und was das Volk wirklich dachte über Leben unter dem Parteienstaat in den fünfziger, sechziger und siebziger Jahren. Nur *Sylvia Klötzer* (und in einem geringeren Maße *Lindenberger*) fügen eine ausreichende Quellendokumentation an, um die persönlichen Ziele herausarbeiten zu können. Zeitzeugen berichten über ihre eigenen Beziehungen zum Parteienstaat ebenso wie über die Beziehungen anderer zu diesem Staat. So präsentiert Langenhahn die Zeugnisse zweier Männer, um die Motive der Bauern gegenüber der landwirtschaftlichen Kollektivierung zu erläutern. Über die einsichtige Tatsache hinaus, daß vierzig Jahre zwischen den beschriebenen Ereignissen und dem Interview vergangen sind, müssen auch der Kollaps des sozialistischen Regimes und die deutsche Wiedervereinigung als Linsen anerkannt werden, durch die die DDR-Vergangenheit inzwischen gefiltert wird. Äußerungen über das völlige Fehlen von Interesse an der Politik der SED oder über passive Resignation können also nicht schlechthin als Beweise für Eigen-Sinn angenommen werden. Wie die meisten intentional hervorgebrachten Quellen sind mündliche Zeugnisse nicht trans-

parent. Ihr Gebrauch muß vorsichtig und qualifiziert sein. Daß Interviews keine offenen Fenster sind, durch die vergangene Erfahrungen betrachtet werden können, bedeutet natürlich nicht, daß persönliche Erzählungen ignoriert werden sollten. Aber es sollte methodische Strenge bei ihrer Bewertung herrschen. Wenn sie nicht durch andere Quellen bestätigt werden können, sind sie eher Zeugnisse für die Gegenwart als über die Vergangenheit. Für das Modell von Herrschaft und Eigen-Sinn sind solche Zeugnisse ein zu leichtes Gegengewicht gegen die Last der Dokumente über staatliche Politik und Aktionen, die mit gutem Grund interpretiert werden können als rücksichtslos gegenüber soziale [Ansicht]. Wenn man sich die theoretisch gut ausgearbeitete Basis für das Modell von Herrschaft und Eigen-Sinn anschaut, dann ist es überraschend, daß nicht mehr Aufmerksamkeit für seine Beweisbasis aufgewendet wurde.

Diese Kritik soll nicht den Reichtum und die Innovativität der abgedruckten Aufsätze verdecken. Sie zeigen sehr gut die Bedeutung von Sozial- und Erfahrungsgeschichte, um die Komplexität und die Nuancen der parteistaatlichen Herrschaft unter der zweiten deutschen Diktatur zu ergründen. Das Herrschaft- und Eigen-Sinn-Modell ist ein produktiver Beitrag im Feld der DDR-Forschung und verspricht noch viel für die historische Erforschung der Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft unter diktatorischen Regimen. Wie die Einleitung zu diesem Buch hernerkt, sind die Aufsätze Bestandteil von Forschungen, die sich derzeit zu Monographien auswachsen. Wenn deren Autoren sich die Zeit nehmen, über das Problem der Beweiskraft von mündlichen Zeugnissen

nachzudenken und den Anspruch, Eigen-Sinn als wirkenden Strukturwandel der sozialistischen Gesellschaft abzubilden, auch unter den Restriktionen einer größeren Strenge bei der Prüfung der Beweisfähigkeit aufrechterhalten, dann werden noch stärkere Studien über die durch die Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft verhandelte Aufrechterhaltung der Macht, wie sie sich in der vierzigjährigen Existenz der DDR herausgebildet hat, entstehen. Das dürfte ein wertvoller Beitrag für unser Verständnis des „real existierenden Sozialismus“ sein.

Andrew Oppenheimer

James Barber, South Africa in the Twentieth Century. A Political History – In Search of a Nation State, Blackwell Publishers, Oxford 1999, 332 S.

Die auf Südafrika bezogene historische Literatur gehört seit nunmehr drei Dekaden zu den dynamischsten Bereichen der afrikabezogenen Geschichtsschreibung. In den frühen 1970er Jahren war es zu einer lange wirksamen Aufspaltung der Südafrika-Historiker in „Liberales“ und „Radikales“ gekommen. Während die erste Gruppe die Rolle der Ideologie (insbesondere des Afrikaner-Rassismus) bei der Formation des modernen Südafrika betonte, unterstrichen Vertreter der zweiten Richtung die Bedeutung ökonomischer Aspekte für die Herausbildung weißer Suprematie. Heute sind die starren Fronten einer beträchtlichen Methodenvielfalt gewichen. Unterschiedliche Ansätze in Wirtschafts- und Sozialgeschichte, innovative Arbeiten der neuen Kultur- und Alltagsgeschichte, aber auch kon-